

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Zugpreis vierteljährlich 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Joh. Scherm.
Schriftleitung und Versandstelle: Stuttgart, Rüststraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800.

Anzeigengebühr für die sechsgepaaltene Kolonelleiste:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Aus der Großeisenindustrie

Der Krieg hat in der deutschen Eisen- und Stahlindustrie eine Preisverschiebung bewerkstelligt, die bei den Verhandlungen über neue Handelsverträge besondere Beachtung verdient. Zunächst haben sich die von den kartellmäßigen Werkvereinigungen festgesetzten Verkaufsrichtpreise bis etwa Mitte 1915 im Gegensatz zu den kurz vor dem Kriegsausbruch gültigen sehr stark nach oben bewegt. In der Metallarbeiter-Zeitung vom 31. Juli dieses Jahres sind die wesentlichen Preissteigerungen mitgeteilt worden. Sie machen bis zu 50 Prozent (für Flußstabeisen) aus. Im weiteren Verlauf des zweiten Kriegsjahres ist die Preishöhe in der Hauptsache gleich geblieben, wenigstens soweit man dies an den veröffentlichten Kartellpreisen nachprüfen kann. Gewisse Anzeichen lassen überdies darauf schließen, daß sich in einigen Zweigen der Fertigungsindustrie, wahrscheinlich am meisten bei den Eisenbahnen, schon wieder ein Überangebot eingestellt hat. Die außerordentlich großen Unterschiede der Verkaufspreisangebote bei den im Oktober von der Kölner Eisenbahndirektion in üblicher Weise ausgeschriebenen Submissionen von eisernen und stählernen Eisenbahnbedarfsmengen sind auch von unwürdigen Preisunterschieden bezeugt worden. Diese bedeutenden Preisunterschiede bedeuten aber mehr. Sie beweisen, daß nunmehr, nachdem wir erst wieder 85 bis 70 Prozent von der Rohstahl- und Rohstahlerzeugung, die wir vor dem Kriege hatten, herausbringen, doch schon ein Teil der Erzeugnisse mehr angeboten als verlangt wird. Dies lehrt übrigens, daß sich die „Entente cordiale“ auch schwer täuscht, als sie annahm, Deutschland würde nach einer längeren Dauer des Krieges seine für die Kriegsführung unentbehrliche Eisen- und Stahlindustrie wegen Mangel an Rohstoffen nicht ausreichend aufrechterhalten können. Umgekehrt liegen die Verhältnisse, unsere Industrie muß schon wieder mit einem gewissen Überfluß an Erzeugnissen rechnen.

Worauf aber besonders hingewiesen werden muß, das ist der sehr merkwürdige Unterschied in den Inlands- und Auslandspreisen für deutsche Walzwerkserzeugnisse. Man hatte sich nachgerade daran gewöhnt, von den Werkseignisdaten und Konventionen dem Ausland die heimischen Erzeugnisse billiger als dem Inland geliefert zu sehen. In den von Stahl und Eisen veröffentlichten Marktberichten für das dritte Vierteljahr 1915 werden jedoch folgende Sonnenpreise ab Werk angegeben:

	Inland	Ausland
Stabeisen	140 bis 145	145 bis 150
Reißbleche	165	195 - 200
Großbleche	160	175 - 185
Feinbleche	165	170 - 180
Flußstahl-Walzdraft	140	140

Der Krieg ist ein Ausnahmezustand und schafft darum außergewöhnliche Verhältnisse. Im Preisverhältnis zwischen In- und Ausland hat nun aber gerade der Krieg für einen sehr wichtigen Teil unserer Walzwerkindustrie tatsächlich den Regelzustand wieder hergestellt. Das Volksempfinden wird es niemals als ein gesundes Verhältnis ansehen, daß das Ausland unsere Waren billiger erhält als wir selbst. Die billigen Auslandsverkäufe der meisten Unternehmertartelle, sogar begünstigt durch besondere kartellmäßige Ausfuhrvergütungen, ist bekanntlich auch ein alter Streitpunkt zwischen den verschiedenen beteiligten Unternehmerrgruppen. Nun hat der Krieg für die genannten Walzwerkserzeugnisse das gesunde, regelmäßige Preisverhältnis zwischen In- und Auslandsverkäufen hergestellt. Es wird die Aufgabe der zur Beratung und Beschließung der zukünftigen Handelsverträge berufenen Wirtschaftspolitiker und gesetzgeberischen Körperschaften sein, ohne jegliche Voreingenommenheit zu prüfen, welche Schlüsse aus der festgestellten merkwürdigen Preisverschiebung zu ziehen sind.

Bei den Beratungen der Handelsverträge, die naturgemäß mit den Verhandlungen über den Kriegschluß zusammen vor sich gehen müssen, ist überhaupt grundsätzlich die Frage zu erörtern, ob unsere Eisen- und Stahlindustrie noch ganz oder nur noch zum Teil eines Zollschutzes im wahren Sinne des Wortes bedarf. So wenig ein marxistischer Sozialist sich grundsätzlich festlegen kann auf ein bestimmtes Handelssystem, sondern sachlich untersuchen wird, ob nicht die besondere Lage eines an sich lebensfähigen heimischen Gewerbezweiges einen Erziehungs- oder Schutz Zoll gegen die Gefahr der Überflutung durch den ausländischen Wettbewerb notwendig macht, ebenso wenig darf von der andern Seite mit dem Schlagwort „bewährtes Wirtschaftssystem“ unterschiedslos gewirkt werden. Es muß doch sehr auffallen, daß sich fast überall, nicht nur in Deutschland, sondern auch in Österreich-Ungarn, England, Frankreich, Nordamerika, nicht etwa die schwächsten, sondern gerade die stärksten Kapitalistengruppen am heftigsten für einen „Schutz Zoll“ einsetzen. Wir bewerten dies besonders in der mächtig entwickelten, außerordentlich kapitalträchtigen deutschen Großeisenindustrie. Ist sie in der Tat noch so zollschutzbefürchtig, daß um ihrer Ansprüche willen die entgegengesetzten Gründe des größten Teiles der wirtschaftlich ungleich schwächeren Kleinindustrie überhört werden dürfen?

Die der Großindustrie nahestehende Rheinisch-Westfälische Zeitung bringt wieder ihre übliche Zusammenfassung der Hauptzahlen aus den Geschäftsberichten von 17 deutschen Großeisenwerken. Das größte dieser Werke, Krupp (Essen), ist dabei nicht berücksichtigt. Die aufgeführten 17 Werke hatten 1913/14 eine Rohstahlerzeugung von 10803300 Tonnen. Rechnet man Krupp mit 1200000 Tonnen Rohstahlerzeugung hinzu, so kommt man für die 18 Werke allein auf rund 12 1/2 Millionen Tonnen Jahreserzeugung. Die deutsche Rohstahlerzeugung betrug 1913 zusammen 19 3/4 Millionen Tonnen. Demnach liefern 18 unserer Großeisenwerke allein rund 60 Prozent der gesamten deutschen Eisenerzeugung. Alle diese Werke sind nun noch durch Rohstahlsyndikat, Stahlwerkverband und Sonderverträge miteinander vereinigt, teilweise auch noch durch „Personalfusion“ (Aufschichts- und Verwaltungsräte); außerdem aber verbindet sie mit unseren regierenden Großbanken ein umfassendes Kreditkartell.

Welch gewaltige kapitalistische Macht diese Großeisenwerke (ohne Krupp) sind, zeigt diese Zusammenstellung. Bei den 17 Werken betragen in Millionen Mark die

	1912/13	1913/14	1914/15
Aktienkapitalien	880,2	844,6	852,8
Leihkapitalien	356,9	433,8	416,8
Rücklagen	300,3	318,9	324,6
Anlagewerte	1294,9	1401,7	1408,7

Die finanzielle Grundlage dieser Werke hat sich also auch während des Krieges noch verbessert. Die Leihkapitalien konnten durch Abzahlung um 17 Millionen Mark verringert, die Rücklage um 10,7 Millionen Mark erhöht werden. Die Anlagewerte haben sich gegen das bisher beste Geschäftsjahr 1912/13 bedeutend vermehrt. Allerdings ist dieser günstiger Stand auch mit Entstanden durch eine Verringerung oder die Einstellung der Dividendenzahlung für 1914/15 (Aumeh-Friede, Deutsch-Luxemburg, Burbach-Düdelingen). Die drei 1914/15 gänzlich dividendenlosen Werke haben ihre Gütern- und Walzwerkbetriebe hauptsächlich in nächster Nähe des westlichen Kriegsgeländes liegen, hatten infolgedessen am meisten und längsten unter Betriebsstörungen zu leiden. Die drei Werke sind aber nicht etwa überschuldet gewesen, sondern hatten noch 1914/15 einen Gesamtrohgewinn von über 23 Millionen Mark gegen 44 im Vorjahr. In dessen ist der gesamte Rohgewinn zu Abschreibungen und Rückstellungen, also für einen Zukunftsrückhalt verwendet worden.

Überhaupt gestaltete sich die Gewinnabrechnung der 17 Werke in den drei letzten Jahren wie folgt:

	1912/13	1913/14	1914/15
Rohgewinne	252,7	223,5	154,9
Abschreibungen	115,1	107,7	99,5
Reingewinne	137,6	115,8	55,4
Dividende	101,4	63,5	52,6
Prozent des Aktienkapitals	11,3	7,6	6,7

Das Geschäftsjahr 1912/13 fiel, wie schon gesagt, in die beste Geschäftszeit. Das Jahr vor dem Kriege stand schon im Zeichen einer neuen Wirtschaftskrise. Das muß bei den Vergleichen berücksichtigt werden. Der große Unterschied zwischen dem errechneten Reingewinn und den verteilten Gewinnsummen deutet auf große anderweitige Rückstellungen für „stille Reserven“ u. s. w. hin.

Berücksichtigt man nun, daß 1914/15 gegen das Vorjahr die Rohleistung der 17 Werke um 26,16, ihre Rohstahlerzeugung um 37,82, ihre Rohstahlerzeugung um 85,87 und ihre Walzwerkserzeugnisse um 86,85 Prozent zurückgegangen, während die verteilte Gewinnsumme nur um 1,48 Prozent geringer war, so muß man anerkennen, daß der Geschäftsabschluß ein verhältnismäßig sehr guter war. Fünf von den 17 Werken (Phönix, Bochumer Verein, Gutehoffnungshütte, v. d. Zypen, Maximilianshütte) haben für das erste volle Kriegsjahr sogar höhere Dividende gezahlt, drei (Georg-Marienhütte, Laurahütte, Rombach) zahlten dieselbe wie vorjährig. Wenn wir die Werke, die ausnahmsweise stark unter dem Einfluß der nahen Kriegshandlungen gelitten haben, auscheiden und dafür nur die eine Firma Krupp, die ihren Gesamtgewinn von 65 auf 128 Millionen Mark erhöhte, in die Liste einstellen würden, so ergäbe sich für die berücksichtigten Unternehmungen ein Rohüberschuß für 1914/15, der sogar den des besten Geschäftsjahres 1912/13 noch um mehrere Millionen Mark übersteigt!

Aber wir unterlassen diese Sonderrechnung, weil es uns darauf ankommt, ein Gesamtbild von der deutschen Großeisenindustrie in einem an großen Betriebserfahrungen reichen Zeitraum zu gewinnen. Dieses Gesamtbild ist weit günstiger als es die Schwarzseher befürchtet haben; es ist günstiger vornehmlich dank der unentgeltlichen Lichtigkeit der physischen und geistigen Arbeiter, worunter wir alle irgendetwas in der Industrie nützlich Tätigen verstehen. Eine Industrie, die eine solche Belastungsprobe in schwieriger Zeit so gut übersteht, kann getrost darauf verzichten, in regelmäßigen Zeiten handelsgesetzliche Vorteile zu genießen, die zum Nachteil für die wirtschaftlich weitaus schwächeren Gewerbetreibenden sind.

Ein Kriegsbuch der deutschen Arbeiterklasse

Mit einem jähen Ruck hat der Weltkrieg die Jäden zerissen, die sich über die nationalen Grenzen hinaus zwischen den Arbeiterklassen der verschiedenen Länder angesponnen hatten, um auf der Grundlage internationaler Verständigung gleichgerichtete wirtschaftliche Ziele zu erstreben. Die Zeiten werden wiederkommen, wo vermutlich mit mehr Erfolg als bisher, diese Bemühungen ihre Wiederaufnahme finden, denn sie wurzeln in der tatsächlichen, auch durch den Weltkrieg unberührt gebliebenen Gleichartigkeit der wirtschaftlichen Entwicklungsstufe und der aus ihnen sich ergebenden gesellschaftlichen Gliederung in den einzelnen Ländern. -orkursu, aber in das noch in weitem Felde; denn selbst nach Beendigung dieses Krieges werden noch auf lange hinaus die Völler mit den Waffen des Wirtschaftens den Krieg um die Selbstbehauptung auf dem Weltmarkt fortführen, den sie zurzeit mit dem Schwert in der Hand zum Austrag zu bringen suchen. Daran werden auch alle frommen Wünsche auf Herbeiführung des Gegenteils nichts ändern. Nur ein wurzelloser, dem Erdenleben entrindeter Träumer kann annehmen, daß nach diesem fürchtbaren Auseinanderprall nationaler Gegenätze unmittelbar eine Aufhebung aller wirtschaftspolitischen Abgrenzungen der Völler folgen würde. Da diese sicher nicht und vor allem nicht so bald eintreten wird, so ist es auch für die deutsche Arbeiterklasse ein Gebot der Pflicht, sich mit den gegebenen Verhältnissen abzufinden und innerhalb derselben die Grundlage für eine erfolgreiche Vertretung ihrer Angelegenheiten zu finden.

Diesem Zweck ist eine Untersuchung gewidmet, die unter dem Titel „Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis, ein gewerkschaftliches Kriegsbuch“ erschienen ist und unter Mitwirkung von 15 weiteren bekannteren Gewerkschaftern der verschiedensten Verufe von Wilhelm Jansson, Redakteur am Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften

Deutschlands, herausgegeben wurde*. Vom allgemeinen und vom besonderen beruflichen Standpunkt aus wird hier in verschiedenen einzelnen Abhandlungen die Frage geprüft, welches Kriegsergebnis der deutschen Arbeiterklasse am besten dienen würde. Zutreffend weist Reichstagsabgeordneter Robert Schimidt im ersten Abschnitt des Buches auf den engen Zusammenhang hin, der zwischen der wirtschaftlichen Lage eines Landes und seiner Möglichkeit auf Fortführung der Sozialpolitik besteht: „Ein siegreicher Abschluß des blutigen Ringens wird das Wirtschaftsleben bald wieder erstarren lassen. Anders, wenn bei einem militärischen Zusammenbruch die wirtschaftliche Entwicklung starke Hemmnisse erfährt, die in ihrer Rückwirkung die Lage der Arbeiterklasse sehr ungünstig gestalten würden. Dann wäre für die Sozialpolitik auf lange Zeit der Weg verengt.“ Darum ist es nicht gleichgültig, was der Frieden bringt. Wenn die Gegner Deutschlands, wie sie wiederholt verkündet haben, den deutschen „Militarismus“ vernichten, das heißt in ihrem Sinne gesprochen, die militärische Widerstandskraft Deutschlands brechen wollen, so ist das gleichbedeutend mit der wirtschaftlichen Rahmlegung Deutschlands. Denn ohne die kräftige Grundlage, die Deutschlands Wirtschaftsleben bot, wäre eine so gewaltige militärische Kraftentfaltung gar nicht möglich gewesen. Die Feststellung dieser Wechselwirkung zeigt, daß, so schwer die Aufgabe auch ist, nach Beendigung des Krieges den Aufbau in der Arbeiterbewegung wieder zu beginnen, die Zukunft für die deutsche Arbeiterklasse geradezu hoffnungslos wäre, wenn dieser Krieg mit unserer Niederlage endete. Darum schließt Robert Schimidt mit Recht: „Unser Hoffen und Sehnen ist auf den Frieden gerichtet, aber auch auf ein Deutschland, das seiner Feinde sich erwehren kann. Und wenn die deutsche Arbeiterklasse nach dem Kriege nicht in einem mühen Streik die Kräfte lähmt, dann werden wir um so leichter über die Leiden des Krieges hinwegkommen.“

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt Rudolf Wissell in seiner vergleichenden Uebersicht über „Die Arbeiterversicherung“ in den verschiedenen Ländern. Auf Einzelheiten aus dem lehrreichen Stoff, den diese Abhandlung bietet, einzugehen, müssen wir uns versagen. Zutreffend ist die Schlussfolgerung Wissells, daß, so sicher die deutschen Versicherungseinrichtungen des Ausbaues in vielen Punkten fähig und bedürftig seien, die deutschen Arbeiter doch, wenn sie mit den anderen auf diesem Gebiet kämpfen müßten, sehr leicht dabei fahren würden. Der Ausbau und die Weiterentwicklung der Arbeiterversicherung sei jedoch nur möglich, wenn ihre Grundlagen, das unverlehrte Reich und unser blühendes Wirtschaftsleben, erhalten blieben. „Wehe den deutschen Arbeitern, wenn wir nicht Sieger bleiben. Es geht auch um die Existenz der Arbeiterversicherung.“

Aus der Fülle des vom beruflichen Standpunkt aus zur Entscheidung der Hauptfrage beigebrachten Stoffes sind für die Leser dieses Blattes in erster Linie die Ausführungen von Joh. Scherm von Bedeutung, der die Frage stellt: „Was ist der Zweck des Krieges bei unseren Feinden?“ Wenn Frankreich, Rußland und Italien ihn hauptsächlich aus Eroberungssucht führen, so führt ihn England vornehmlich gegen die deutsche Arbeit. Es wird nachgewiesen, daß England seine Monopolstellung als einziger Industriestaat auf dem Weltmarkt allmählich verloren hat und daß es auf einigen Gebieten (Eisen- und Stahlerzeugung) von Deutschland überflügelt wurde. „Das ist der Stachel in seinem Fleische, und das hat es auch bemerkt, daß britische Gewerkschaftsführer, die zu Anfang dem Kriege noch ziemlich kühl gegenüberstanden, allmählich in das Reglerlager eingeschwenkt sind.“ Scherm weist die Bedeutung der deutschen Ausfuhr für das deutsche Wirtschaftsleben nach. Gelänge der britische Plan der Verdrängung der deutschen Industrie vom Weltmarkt, dann wäre das in erster Linie für die deutsche Metallindustrie und ihre Arbeiter von den verberlichststen Folgen. „Mit wenigen Ausnahmen handelt es sich bei den Ausfuhrerzeugnissen der deutschen Metallindustrie um solche Fertigwaren, in denen viel menschliche Arbeitskraft steckt. Dadurch haben sie ihren verhältnismäßig hohen Wert. Ein Sieg des Viererbandes aber müßte die Wirkung einer Unterbindung der deutschen industriellen Ausfuhr haben. Daß uns dies, abgesehen von allen anderen Gründen, nicht gleichgültig sein kann und darf, daß wir den Sieg Deutschlands und Österreichs wünschen, und alles dazu Förderliche tun müssen, ist eine Selbstverständlichkeit.“ Und er wirft weiterhin in ganz besonders beneidenschaftlicher Weise die Frage auf: „Wie würde es übrigens um die Verteidigungsmöglichkeit Deutschlands bestellt sein, wenn das schlesische und das rheinisch-westfälische Industriegebiet von den eindringlichen Heeren besetzt wären?“ Deutschland könnte dann vom Ausland weder die mangelnden Rohstoffe noch fertige Kriegsvorgänge beziehen, wäre also aller Verteidigungsmittel beraubt. Mit dieser Fragestellung widerlegt Scherm aufs glänzendste eine gewissenhafte Deute, welche die Kriegskredite erst bewilligt wissen wollten, wenn die Russen in Frankfurt a. O. oder die Franzosen und Engländer diesseits des Rheins länden. Auch Scherm kommt zu dem Ergebnis, daß der Kampf der Arbeiter um alles, was sie erlangen wollen, in einem siegreichen Deutschland mit größerem Erfolg geführt werden kann, als in einem von Feinden besetzten oder zerstückelten Deutschland. Er stellt aber auch noch fest, daß an der allgemein bewundernden Anpassungsfähigkeit, die die deutsche Industrie in diesem Kriege bewiesen habe, die deutschen Arbeiter, in erster Linie die Metallarbeiter, nicht den geringsten Anteil haben.

Eine ausgezeichnete Ergänzung dieser Ausführungen bietet die Arbeit von Otto Hue über „Die Bergwerks- und Hüttenindustrie“. In der Hand der Wirtschaftspolitiker wird gezeigt, daß Deutschland gar nicht der vielgesuchte „Bestandzuehelfer“ gewesen sein kann, denn es war anerkannt am aussichtsreichsten bei dem zerblichen Wettbewerb der Mächte um die Verdrängung ihrer Stellungen auf dem Weltmarkt. Und Hue meint: „Würde der Krieg mit einer Losreißung Elsaß-Lothringens und Oberschlesiens oder auch nur eines dieser Landbestteile von Deutschland enden, so bedeutete

* Erschienen im Verlag der Internationalen Korrespondenz von A. Baumgärtner, Berlin-Karlshorst, 167 Seiten. Preis geb. 3.-, geb. 2.-, ihre besondere Vereinsausgabe für Gewerkschaftsmitglieder, bezogen durch ihre Organisationen, kostet 1,20.-

dies einen tödlichen Schlag gegen unsere Montan-industrie und die ihr nächstverwandten weiterverarbeitenden Gewerbe! Es bedauerte die Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz hunderttausender Arbeiter, so wie sich nun einmal bei uns die Produktionsverhältnisse entwickelt haben. Mag man dann zu dem Kriege stehen, wie man will, aber daß nun mit den Waffen auch über unermeßlich große wirtschaftliche Interessen der Arbeiterschaft Deutschlands entschieden wird, kann nur ein Ignorant bestreiten." Und er schließt seine Abhandlung mit der Frage: "Mit welchem Naturrecht als Kolonialisten und weltwirtschaftliche Unternehmer können andere Wirtschaftsvölker vor den Deutschen auftreten? Nicht um einen antijohannischen Imperialismus handelt es sich in dieser Sache, sondern lediglich um die Forderung, gleichberechtigt im weltwirtschaftlichen Wettbewerb zu sein. Wird das allseitig verstanden und loyal zugegeben, dann wird die uns sehr am Herzen liegende dauernd friedliche Verständigung der Kulturnationen eine gesunde Grundlage bekommen."

Wie waren schon bei den erwähnten Teilen des Buches nicht in der Lage, ihren reichen Inhalt auch nur annähernd anzudeuten, noch weniger können wir das bei den Beiträgen, die August Winnig, Heinrich Schneider, Emil Kloth, Michael Kayser, Emil Girbig, Peter Blum, Felix Weidler, Heinrich Stühmer, Alois Staudinger, Hermann Kräpzig und Paul Müller über ihre Industrien oder Gewerbe beigezeichnet haben. Nur auf das Schlusskapitel des Herausgebers Wilhelm Janßon möchten wir noch mit einigen Worten eingehen. Er legt dar, daß es nicht nur das Recht, sondern die Pflicht der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist, zu prüfen, ob die parlamentarische und außerparlamentarische Politik der deutschen Sozialdemokratie vitale Gewerkschaftsinteressen berücksichtigt oder verleihe. Eine Nachprüfung der sozialdemokratischen Stellungnahme zum Krieg ergebe nun, daß in der Tat die „Politik des 4. August“ diesen Interessen gerecht werde. Es sei eine ausgeleierte Phrase, daß im Kriege nur Interessen der Kapitalisten verstanden werden. Seit der Krieg Tatsache geworden ist, läßt sich unschwer erweisen, daß gewaltige Lebensinteressen der Arbeiterklasse auf dem Spiele stehen. Die einzelnen Abhandlungen des Buches liefern das Material dafür. „Darin unterscheiden wir uns eben“, schreibt Janßon, „von so vielen französischen und englischen Sozialisten, daß wir auch in diesen kampfgefüllten Zeiten das nüchterne Urteil höher stellen als das geschwollene Redensarten, an denen nichts so gewöhnlich ist wie ihre Unhaltbarkeit.“ In großen Zügen entwickelt Janßon sodann die Grundlinien der deutschen Handelspolitik der Zukunft, wie sie vom Standpunkt des deutschen Arbeiters aus gefordert werden muß: „Bisher haben finanzkapitalistische Interessen eine ziemlich entscheidende Rolle in der Außenpolitik der Großmächte gespielt... Von unserem gewerkschaftlichen Ausgangspunkt stellen wir den finanzkapitalistischen Interessen das Produktionsinteresse entgegen, das mit den Konsumenteninteressen der breiten Massen im besten Einklang steht.“ Weiterhin wird einleuchtend gezeigt, daß der pazifistische Verdrillungsstrom zu Seide, die man im kapitalistischen Zeitalter nicht ernst nehmen kann. Von Marx wissen wir, daß wirtschaftlicher Eigennutz auch den Kriegen zugrunde liegt. So lange dieser fortbesteht, werden wir mit diesem Unglück der Menschheit rechnen müssen. Ist der Friedenwunsch in der Arbeiterklasse auch noch so lebendig, ein Frieden nach dem Willen der Gegner Deutschlands muß entschieden abgelehnt werden. „Ist die Emanzipation der deutschen Arbeiterklasse braucht diese ein ungehörig mächtiges und ungeteiltes Deutschland, das seine Wirtschaft und seine Kultur im Frieden mit den Völkern entwickeln kann.“

Wenn es in dem Vorwort zu dem vorstehend besprochenen Buche heißt, daß es einen Versuch darstelle, vom Boden der Tatsachen aus die Interessen der deutschen Arbeiter am Kriegsergebnis zu untersuchen, so dürfen wir es nach eingehender Prüfung getrost aussprechen, daß dieser Versuch geradezu glänzend gelungen ist. Es gewährt jetzt, wo die demagogische und fummelnde Phrase ihre Zeit wieder einmal für genommen erachtet, um das politische Denken der deutschen Arbeiter zu umnebeln, einen doppelt befriedigenden Eindruck, einer politischen Schrift zu begegnen, die unter Verzicht auf tiefhingende und schweibenschäftliche Ausführungen das Interesse des deutschen Arbeiters auf die unumstößlichen Tatsachen des wirklichen Lebens hinlenkt und ihm nahelegt, aus ihnen seine politischen Schlussfolgerungen abzuleiten. Dieses Verfahren ist auch das einzig Erfolgversprechende, bei deren Befolgung allein die deutsche Arbeiterbewegung vor unheilbarem Zwiespalt und Selbstzerstörung bewahrt werden kann. Und darum wünschen wir diesem Buche die weiteste Verbreitung unter den deutschen Arbeitern. Es ist für sie ein politisch-gewerkschaftliches Handbuch allerersten Ranges, das sich jeder zu recht gründlicher Durchsicht und möglichst selbst anfertigen sollte oder wenigstens überall seiner Partei- oder Gewerkschaftsbibliothek entnehmen zu können in der Lage sein müßte. S. S.

Die Lohnverhältnisse der Kölner Metallarbeiter während des Krieges (Schluß)

Nachdem sich immer deutlicher herausstellte, daß der Kölner Arbeiterverband mit den gewerkschaftlichen Organisationsmännern nicht verbunden wollte und daß eine Verhandlungskommission vom Herrn Gouverneur gegen den Willen der Unternehmer nicht eingesetzt wurde, richteten die Organisationen am 15. September dem Gouverneur folgende Forderungen ein:

„Alle Verdienste der Arbeiter sollen mindestens um 30 Prozent höher sein als vor dem Kriege. Soweit eine solche Steigerung noch nicht erzielt ist, sind die Stunden- oder Monatsverdienste dementsprechend anzupassen.“

Der Lohn für etwaige Hilfsarbeiter in der Metallindustrie darf jedoch nicht weniger als 55 % die Stunde betragen.“

Alle zehn Wochen wurde zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden verhandelt; dann endlich wurde die Verhandlung beendet, an ihre Mitglieder ein nichtbefriedigendes, aber aus vielen Seiten behebendes Antwortschreiben zu richten. Wir fordern: mindestens 30 Prozent Verdiensterhöhung gegen vor dem Kriege und einen Mindestlohn von 55 % die Stunde für Hilfsarbeiter. Der Arbeitgeberverband sagt: Die Verbände sind überzeugt, daß ihre Mitglieder die Arbeitsbedürfnisse nach Möglichkeit der Leistung anpassen. Wir empfehlen eine Reduzierung der Lohnverhältnisse, besonders der beschriebenen Hilfsarbeiter.“ — Wir fordern: pünktliche Bezahlung der Ueberstunden, Nacht- und Sonntagszuschläge und mindestens 34 Franken, die keinen Zuschlag zahlen. Die Arbeitgeberverbände sagen: Wir würden bedauern, wenn einzelne Arbeitgeber die im Jahre 1912 getroffenen Vereinbarungen nicht befolgen würden. Insbesondere da, wo solche Abmachungen, besonders in der Metallindustrie, noch nicht getroffen sind, ist die Erhöhung nachgeholt, nach den einzelnen Mitgliedern abzufragen. — Ueber die Höhe der Arbeiterlöhne sagen sie: Sie entsprechen der tatsächlichen Wert der Leistungen unter wöchentlich Verhältnisse der allgemeinen Tendenz ungeändert sein. Zum Nachfragen sollen aber auch die erforderlichen Aufzeichnungen, Grundrechnungen und Hilfsrechnungen sowie die Bestimmungen, die eine

geringere Ausnutzung der Arbeitsstellen und ihrer Einrichtungen zur Folge haben, beachtet werden.“ Wir forderten weiter: Verhandlungen von Organisation zu Organisation. Man versprach uns allenfalls eine Verhandlungskommission, und die Arbeitgeberverbände sagten als Ergebnis in ihrem Antwortschreiben: „Beschwerden sind von dem einzelnen Arbeiter oder durch den Arbeitersauschuss beziehungsweise Krankenkassenvorstand an den Arbeitgeber zu richten. Wird mangels Erledigung auf diesem Wege der Herr Gouverneur angerufen, so empfehlen wir den Mitgliedern, weitgehende Auskunft und etwa erforderliches Material zur Aufklärung des Falles dem Herrn Gouverneur zu geben.“

Nach Uebereinstimmung der drei Arbeiterorganisationen haben die Herren Unternehmer alles getan, um mit recht vielen Worten unseren Forderungen möglichst weit aus dem Wege zu gehen. Der neue Gouverneur der Festung Köln, Generalleutnant v. Zastrow, sagte zu dem Schreiben der Arbeitgeberverbände folgendes:

„Ich bin überzeugt, daß nach dieser Entscheidung der Arbeitgeberverbände etwaige Mißstände in den Arbeits- und Lohnverhältnissen beseitigt und die Arbeiter auch ihrerseits dazu beitragen werden, das bisherige gute Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der hiesigen Industrie zu erhalten. Die Entscheidung zu 4. deutet den Weg an, auf dem Mißstände beseitigt und Unbilligkeiten im einzelnen Falle beigelegt werden können. Die Arbeiterauschüsse werden besonders in der Lage sein, Mißständen vorzubeugen und, wo solche auftreten, sie zu beseitigen. Ich lege daher Wert darauf, daß in Zukunft Arbeiterauschüsse in weitgehendem Maße eingerichtet werden, dieserhalb habe ich das weitere veranlaßt. Sollte durch den Arbeitersauschuss oder Krankenkassenvorstand bei Einzelbeschwerden eine befriedigende Lösung nicht möglich sein, so bin ich nach wie vor bereit, Beschwerden von Fall zu Fall zu prüfen und vermittelnd eingzugreifen.“

Das Urteil der Arbeiter und der Arbeiterorganisationen über den Wert der Arbeitersauschüsse ist bekanntlich ein anderes als das des Herrn Gouverneurs. Was von den Arbeitersauschüssen zu erwarten sein soll, die während des Krieges gebildet werden, kann sich jeder organisierte Arbeiter selbst ausmalen.

Wie berechtigt die Forderungen der Arbeiter nach einer Verdiensterhöhung von mindestens 30 Prozent waren, geht am besten aus nachstehender Uebersicht der Preise der notwendigsten Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände hervor, die dem Monatsbericht der Stadt Köln (Juli 1915) entnommen ist.

Gegenstand	Preis	Quantität	Gegenstand	Preis	Quantität
Weizenmehl	40,00	1 Kilo	Salz	20,00	1 Kilo
Roggenmehl	28,50	1 Kilo	Stärke	44,80	1 Kilo
Verfeinertes	40,10	1 Kilo	Rindfleisch	173,247	42,9
Weizen	52,120	180,7	Kalbfleisch	163,233	42,9
Roggen	52,140	180,7	Hammelfleisch	190,220	15,7
Gerstengröße	48,110	129,1	Schweinefleisch	178,340	94,2
Erbsen (gelb)	44,420	172,7	Schmalz	180,340	112,5
Speckhälften	45,130	188,8	Käse	240,400	66,2
Speckstücke	12,11	8,3	Speck (mager)	150,360	125,0
Eihutter	15,20	33,8	(fett)	140,360	157,1
Zucker	25,375	48,2	Butter	22,26	18,1
Kaffee	52,68	30,7	Eier	714,107,1	
Reis	320,500	76,0	Schweinefleisch	125,165	32,0
Pfeffer	280,828	14,2	Schmalz	105,135	28,5
Nüsse	44,120	172,7	Butter	95,185	42,1
Gebäck	82,120	75,0	Erdbeeren	120,240	100,0
Pfeffer	300,600	100,0	Toilettenpapier	160,160	
Zimt	400,600	60,0	Petroleum	21,28	33,3
Pfefferminz	100,160	60,0	Strichöl		
Pfeffer	160,200	25,0	(Hausbrand)	120,140	16,6
Pfeffer	180,180	33,4	Braunkohlen		
Pfeffer	40,44	10,0	brennend	70,95	35,7

Die Steigerung der Preise für Lebensmittel und sonstige Verbrauchsgüter hat natürlich wesentlich mit dazu beigetragen, daß die Arbeiter zu Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit gezwungen waren. Von den 2011 erfassten Kollegen leisteten 919 oder 45,7 Prozent Ueberstunden. Einen Zuschlag für Ueberstunden erhielten 749 gleich 37,2 Prozent der befragten Arbeiter. In der Nachtarbeit wurde von 216 oder 10,7 Prozent der Kollegen geleistet. 94 Prozent davon erhielten Zuschlag für Nachtarbeit. In der Sonntagsarbeit arbeiteten 442 der Befragten, es sind dies 22 Prozent, 252 oder 57 Prozent erhielten für die Nachtarbeit eine besondere Zulage.

Einen ebenso großen Einfluß hatte die gewaltige Steigerung der Lebensmittelpreise auf die Vermehrung der Frauennarbeit. Trotz der Unterstützungen von Staat, Stadt und zum Teil auch von den Unternehmern waren viele Frauen gezwungen, Arbeit anzunehmen. Vor Ausbruch des Krieges arbeiteten in der Kölner Metallindustrie noch keine 300 Frauen und Mädchen. Um die Mitte des Jahres 1915 waren es schon über 3000 und gegen Ende des Jahres fast 4000. Nach unserer Erhebung schwanken die Verdienste der Frauen zwischen 20 und 85 % die Stunde. Die häufigsten Verdienste sind 35 bis 50 % die Stunde. Die bessere Bezahlung der Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit für Frauen weicht in vielen Fabriken von der der männlichen Personen ab. Ueber das, was die Frauen geleistet haben, wird die weitere Zeit einmal ein gerechtes Urteil fällen. Nach unserem Dafürhalten haben sie in der Beschäftigung im allgemeinen eine sehr anstrengende Arbeit geleistet, wie man sie vor dem Kriege keiner Frau zugemutet hätte. Trotz der schweren Arbeit, der ausgebeuteten Arbeitszeit und der oftmals sehr geringen Entlohnung konnte die Organisation bei den Arbeiterinnen keinen Eingang finden. Die Lösung war: Der Krieg muß doch einmal ein Ende nehmen und mit dem Kriege auch unsere Arbeit.

Ob die Kölner Unternehmer im ersten Kriegsjahr in der Lage waren, höhere Löhne zu zahlen, um dadurch das Los ihrer Arbeiter in der ungeheuren schweren Zeit wesentlich zu verbessern, geht am besten aus den Geschäftsabrechnungen der Aktiengesellschaften hervor. Die Firma Zeißer Eisengießerei und Maschinenfabrik erholte ihre Dividende von 12,5 auf 15 Prozent, Brenner, Schumacher & Co. (Kaiser Werkzeugmaschinenfabrik) von 6 auf 10 Prozent, Maschinenbauanstalt Humboldt von 6 auf 7 Prozent, F. Rohlig & Co. (Druckmaschinen) von 6 auf 8 Prozent, Wagganfabrik A.G. vorm. P. Gerbrandt von 8 auf 10 Prozent, Eiswerke von 3 auf 7 Prozent, Vereinigte Stahlwerke von der Thyssen und Bismarck Eisenhütten A.G. von 8 auf 12 Prozent. Die Firma Felten & Sillekammer (Carlswerk) erreichte ihre höhere Dividende von 8 Prozent, was bei dem schlechten Geschäftsgang in den ersten Kriegsjahren schon sehr viel bedeutet. Die Gasmaschinenfabrik Dreyer & Co. steigerte ihre Dividende nicht, sondern zahlte wie im Vorjahre 5 Prozent. Im Vorjahre hatte die Firma wirtschaftliche Krise die Dividende von 3 auf 5 Prozent herabgesetzt und in diesem Jahre war es der Krieg. Die Firma hatte vorher ein sehr großes Ausmaß erreicht, besonders nach Ausland und Frankreich. Ueber die Umsätze des kommenden Jahres sagt die Firma selbst: Die Umsätze waren zu Beginn des Geschäftsjahres (Juli d. J.) um 1 Million Reich weniger als im Vorjahre, dagegen übertrafen sie

im Oktober schon das Vorjahr um 4 Millionen Reich. Man erwartet wieder eine aufsteigende Entwicklung.“

So die Dividendenverteilung der Kölner Aktiengesellschaften, die nach reichlichen Abschreibungen vor sich gingen. Bemerkenswert noch werden, daß die genannten Firmen fast alle größere Beiträge für Unterhaltungen der Kriegsfamilien aufwendeten. Wie mögen die Gewinne nun erst bei den Firmen sein, die für die Kriegsfamilien nichts aufwandten und zum Teil noch günstiger arbeiteten?

Zum Schluß erwähnen wir noch, um das Bild vollständig zu machen, den Lantienmiskandal der Verwaltung der Vereinigten Stahlwerke von der Thyssen und Bismarck Eisenhütten A.G. in Köln-Deutz. Vorstand und Aufsichtsrat dieses Betriebes, der in der Kölner Arbeiterschaft durch seine schlechten Löhne und sehr hohen Unfallzahlen einen schlechten Ruf hat, soll in den letzten zehn Jahren etwa 2 Millionen Reich an Gewinnanteilen unrichtig bezogen haben. Dieser riesigen Betrag stand den Mitgliedern des Vorstandes und Aufsichtsrates gar nicht zu, sondern der Gesellschaft oder den Aktionären. Es sind alles namhafte Personen der Kölner Industrie, die im Vorstand und Aufsichtsrat dieses gewinnreichen Betriebes sitzen. An der Spitze steht als Vorsitzender der Aufsichtsrates der Geheimrat Kommerzrat Dr. Louis Gagen, Stadtverordneter und Präsident der Kölner Handelskammer, der allein im letzten Jahre 3474 Reich über die ihm zustehende Summe erhalten hat. Die ganze Angelegenheit wird gerichtlich ausgetragen werden.

Aus den Gewinnen der Kölner Aktiengesellschaften im ersten Kriegsjahr und aus Vorgängen wie im Stahlwerk von der Thyssen müssen die Kölner Metallarbeiter endlich die richtige Anwendung zu ziehen verstehen lernen. Draußen tobt der Weltkrieg, Hefekomben von Menschen werden geopfert, aber im Lande herrscht infolge einer nie gekanntem Teuerung Not und Elend. Die Tausende von Männern und Frauen, die in angeknurrter langer Arbeitszeit Kriegsmaterial schaffen helfen, um die Feinde niederzuringen, führen einen schwarzen Kampf, um die Löhne den Verhältnissen anzupassen. Wenige Bekannte aber häufen Reichtum auf Reichtum. Wie lange noch?

Unser Verband in der 70. Kriegswocche

Das Ergebnis unserer Erhebung über die Mitgliederbewegung und Arbeitslosigkeit in der 70. Kriegswocche wird in nachstehender Uebersicht dargestellt. Von den Verwaltungsstellen Köln, Neustadt, Verto, Blankenburg a. S., Göttingen, Gräfenthal, Schönebeck, Steindal, Langermünde, Uetersen, Witten, Wörth, Zweibrücken, Lindau sind hierzu, trotz wiederholter Mahnung, keine Berichte eingegangen.

Uebersicht über die Zeit vom 28. Nov. bis 4. Dezember 1915.

Verwaltungsstelle	der Woche	der Woche	der Woche	der Woche	der Woche	der Woche	der Woche	der Woche	der Woche	der Woche
1.	34	2	6022	64	29	5958	15	0,2	112	
2.	24	—	5162	139	116	5028	13	0,3	99	
3.	32	—	7493	93	61	7400	43	0,6	161	
4.	54	—	38254	504	370	35760	176	0,5	803	
5.	76	7	28785	347	282	28388	89	0,3	498	
6.	42	1	29778	450	279	29228	31	0,1	848	
7.	38	—	23441	227	140	23114	36	0,3	243	
8.	35	—	10715	230	169	10485	32	0,3	224	
9.	50	2	18553	219	125	18334	1062	5,8	761	
10.	41	1	20308	191	108	20117	304	1,5	1197	
11.	1	—	53781	351	351	53490	509	1,0	1461	
Zus.	420	14	240142	2815	2029	237337	2810	1,0	5882	

* Entschädigt der im Laufe der Woche Zugeworbenen und Neuaufgenommenen.

Krank gemeldet waren in der Berichtswocche 8484 Mitglieder. An Krankenunterstützung wurden in der Woche 11628 Reich durch die bestehenden Verwaltungsstellen ausbezahlt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 26. Dezember der 1. Wochenbeitrag für die Zeit vom 26. Dezember 1915 bis 1. Januar 1916 fällig ist.

Wir eruchen die Verwaltungen, ihren Bedarf an neuen Statuten umgehend mitzuteilen. Ein allgemeiner Versuch von Statuten findet nicht statt; die Verwaltungen erhalten Statuten also nur auf Bestellung.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatuts gestatt:

- Der Verwaltungsstelle Bergedorf vom 1. Januar 1916 an für die 1. Klasse 10 % die Woche.
- Der Verwaltungsstelle Berlin vom 1. Januar 1916 an für die 2. Klasse 10 % die Woche.
- Der Verwaltungsstelle Dresden vom 1. Januar 1916 an für die 1. Klasse 15 %, für die 2. Klasse 10 % und für weibliche und jugendliche Mitglieder 5 % die Woche.
- Der Verwaltungsstelle Hannover vom 1. Januar 1916 an für die 2. Klasse 10 % die Woche.
- Der Verwaltungsstelle Jena vom 1. Januar 1916 an für die 2. Klasse 5 % die Woche.
- Der Verwaltungsstelle Kaiserslautern vom 1. Januar 1916 an für die 2. Klasse 10 % die Woche.
- Der Verwaltungsstelle Kassel vom 1. Januar 1916 an für die 2. Klasse 10 % und für weibliche und jugendliche Mitglieder 5 % die Woche.
- Der Verwaltungsstelle Köln vom 1. Januar 1916 an für die 2. Klasse 10 % und für weibliche und jugendliche Mitglieder 5 % die Woche.
- Der Verwaltungsstelle Labach vom 1. Januar 1916 an für die 2. Klasse 10 % die Woche.
- Der Verwaltungsstelle Metz vom 1. Januar 1916 an für die 2. Klasse 10 % die Woche.
- Der Verwaltungsstelle Schmöln vom 1. Januar 1916 an für die 2. Klasse 5 % die Woche.
- Der Verwaltungsstelle Schöneberg vom 1. Januar 1916 an für die 1. und 2. Klasse je 10 % und für weibliche und jugendliche Mitglieder 5 % die Woche.
- Der Verwaltungsstelle Stuttgart vom 1. Januar 1916 an für die 2. Klasse 5 % die Woche.
- Der Verwaltungsstelle Tübingen vom 1. Januar 1916 an für die 2. Klasse 5 % die Woche.
- Der Verwaltungsstelle Weiden vom 1. Januar 1916 an für die 1. und 2. Klasse je 10 % und für weibliche und jugendliche Mitglieder 5 % die Woche.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Gestohlen wurde:

Buch-Nr. 2.318.761, lautend auf den Heizer Johann Descher, geb. am 19. Juli 1890 zu Jsm i. Madu, eingekreten 16. Nov. 1914 in Essen. Das Buch ist anzuhalten. (Essen-Ruhr.)

Bestellungen auf das Inhaltsverzeichnis der Metallarbeiter-Zeitung 1916 sind bis spätestens 22. Januar 1916 an die Verbandsstelle der Metallarbeiter-Zeitung in Stuttgart, Adressstr. 16 b II, zu richten. Später eingehende Bestellungen können nicht berücksichtigt werden.

Die Verwaltungsstellen werden darauf aufmerksam gemacht, daß zu den regelmäßigen Versammlungsanzeigen im Verbandsorgan immer nur die vom Vorstand gelieferten Vorbrücke zu benutzen sind. Diese sind nach den aufgeführten Anweisungen auszufüllen. Geschieht dies nicht, so kann die Schriftleitung nicht dafür verantwortlich gemacht werden, wenn die Anzeigen nicht nach den Wünschen der Aufgeber ausfallen.

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den „Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rötestraße 16a“ zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rötestraße 16a; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinbart ist. Bei Geldsendungen an örtliche Verwaltungen ist stets der Name des Kassierers oder Bevollmächtigten anzugeben.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Berichte

Heizungsmonteur.

Bremen. Der Vertrag für die im Heizungsgewerbe tätigen Arbeiter, woran beteiligt sind: Monteur, Hilfsmonteur, Helfer und einige Werkstatthelfer, ging mit dem 1. November dieses Jahres zu Ende. Mitte Oktober reichte die Geschäftsleitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes einen neuen Vertragsentwurf an den Ortsverband der Heizungsfirmen Bremens ein. Da die hiesigen Heizungsfirmen sich der Vereinigung von Arbeitgeberverbänden im Unterwesergebiet angeschlossen haben, so erfolgte der Briefwechsel und die mündlichen Besprechungen von Verband zu Verband. Beim letzten Vertragsabschluss wurde für Monteur ein Grundlohn von 65 % festgelegt und für die schon 2 1/2 Jahre als Monteur tätig waren, 70 %. Für Hilfsmonteur wurden 68 % und für Helfer 50 % festgelegt. Diese Grundlöhne liegen in der Vertragszeit um je 2 %, so daß die Grundlöhne mit Ende des Vertrags 67, 72, 60 und 52 % betragen. Es galt nun vor allem, die Stundenlöhne zu erhöhen, um sie den Löhnen im Baugewerbe und an anderen Orten anzupassen. Die Verhandlungen waren nicht leicht, da der noch tobende Krieg ganz unheimliche Verhältnisse geschaffen hat. Für die Arbeiter kamen die teuren Lebensbedingungen und für die Unternehmer die schlechten Verhältnisse im Baugewerbe, der Mangel an Rohstoffen u. f. m. in Frage. Nach langen Verhandlungen wurde eine Lohnzulage von 7, 6 und 8 % für die Stunde vereinbart. Für die Monteur, Hilfsmonteur und Helfer bringt das 10 Prozent und für die Werkstatthelfer 5 Prozent. Die Frage der Hilfsmonteur gab Veranlassung zu längeren Auseinandersetzungen. Für diesen Zwischenberuf haben sich früher verschiedene Monteur begeistert und die Aufnahme in das Tarifverhältnis verlangt. Die Erfahrung hat gelehrt, daß sehr viele Kollegen, die schon den Monteurlohn bekommen sollten, noch den Hilfsmonteurlohn erhalten. Da der selbständige Monteur im Vertrag klar bezeichnet wird, hielten auch wir den Hilfsmonteurnamen für überflüssig. Die Unternehmer machten geltend, daß man den Helfern den Weg zum Monteur nicht erschweren sollte, eine kurze Hilfsmonteurzeit sei deshalb notwendig. Wir haben nun die Bestimmung der Hilfsmonteur nochmals aufgenommen, in dieser Vertragsdauer aber werden wir weitere Erfahrungen sammeln und beim nächsten Vertragsabschluss unsere Stellung vorbehalten. Ein besonders wichtiger Punkt ist die Landzulage. Die bisherigen Sätze von 3 M und 3 1/2 M sind unzureichend. Da über diesen Punkt eine Verständigung nicht zu erzielen war, bleibt zunächst während der Dauer des Krieges eine Vereinbarung von Fall zu Fall vorbehalten. Es ist deshalb Sache der Monteur, die Landzulage so zu vereinbaren, daß sie dabei auf ihre Rechnung kommen. Die Arbeitszeit bleibt wie bisher eine 8 1/2 stündige die Woche. Die neuen Bestimmungen haben folgenden Wortlaut: 1. Der Grundlohn für Monteur beträgt 72 %, nach 2 1/2-jähriger Tätigkeit als Monteur 78 %. Diejenigen Monteur, die vor Abschluss dieses Vertrags schon mehr als 72 % verdient haben, erhalten bei Abschluss dieses Vertrags einen Lohnzuschuß von 7 % die Stunde. 2. Der Grundlohn für Hilfsmonteur beträgt 68 % die Stunde. 3. Der Grundlohn für Helfer beträgt 50 %. 4. Am 1. Oktober 1916 und am 1. Juli 1917 erhöhen sich vorstehende Sätze um je 1 %. 5. Der Lohn für Hof- und Lagerarbeiter unterliegt der freien Vereinbarung. 6. Die in der Heizungindustrie beschäftigten Werkstatthelfer erhalten bei Abschluss dieses Vertrags einen Lohnzuschuß von 8 % und je einen weiteren Pfennig am 1. Oktober 1916 und am 1. Juli 1917. 7. Die Landzulage in besonders teuren Orten bleibt während der Dauer des Krieges einer Vereinbarung von Fall zu Fall vorbehalten. — Außerdem wurde besprochen, daß die festgesetzten Stundenlöhne als Mindestlöhne zu betrachten sind und es jedem Unternehmer überlassen bleibt, tüchtige Arbeiter ihrer Leistungsfähigkeit entsprechend höher zu entlohnen. Die festgelegten Grundlöhne dürfen also nicht als Höchstlöhne betrachtet werden. Es liegt also jetzt mit den Monteur, Hilfsmonteur und Helfern, sich einen den Verhältnissen und der Arbeitsleistung entsprechenden Verdienst zu sichern.

Metallarbeiter.

Berlin. Berichtigung. In dem Bericht aus der Verwaltungsstelle Berlin, der in Nr. 50, Seite 211 abgedruckt ist, ist in der letzten Zeile der mittleren Spalte von „eingezogenen Angestellten“ die Rede. Die Berliner Ortsverwaltung legt Wert darauf, festzustellen, daß der Ausdruck nicht von ihr herrührt. Es handelt sich nämlich nicht um (besoldete) Angestellte, sondern um „Funktionäre“.

Dresden. In der am 8. Dezember abgehaltenen gemeinsamen Vertrauensmannerversammlung gab nach der vollzogenen Erziehung zur engeren Ortsverwaltung der Kollege Marx einen Bericht über die Tätigkeit der Organisation während der Kriegszeit. Die Mitgliederzahl ist nun 23.011 zu Beginn des Krieges auf 12.363 am Schluß des dritten Vierteljahres 1915 zurückgegangen. Zum Heere sind während dieser Zeit 12.355 Mitglieder eingezogen worden; der Mitgliederstand wurde durch Gewinnung von 3160 neuen Mitgliedern wieder erhöht, ein erfreuliches Zeichen von der Werbekraft des Verbandes auch während der Kriegszeit. Während der ersten Wochen der Rohstoffmangel trat ein teilweiser Stillstand der Betriebe ein. In den ersten drei Wochen wurden bereits über 6000 Mitglieder zum Heere eingezogen. Die Arbeitslosenzahl betrug vor Kriegsbeginn Ende Juli 1914 1031, Ende August 5524, am Schluß der Monate: Oktober 1726, November 655, Januar 1915 296, April 196, Juli 179, Oktober 88. Durch die Beschäftigung in den Betrieben mit Grenz- aufträgen und der weiteren Einziehung zu Kriegsdienstern trat bereits im November vorigen Jahres ein Mangel an gelerntem Arbeitern ein. Im ersten Halbjahr 1915 war durch die Beschäftigung mit Heeresaufträgen in den Betrieben äußerst günstige Geschäftslage. Es wurden Ueberstunden, Sonntagsarbeit und Nachschichten geleistet werden. Im letzten Halbjahr ist dagegen ein Abfluß eingetreten. Die Verdienste der Arbeiter sind zu einem großen Teil trotz des ungewöhnlichen Teuerung aller Lebensmittel zurückgegangen. In den Sicherheiten und den Drehereien sind die Verdienste infolge Arbeits- einstellungen zurückgegangen, so daß heute vielfach nur noch tägliche Verdienste von 6 bis 8 M, auch noch darunter erreicht werden. Daß unser Verband auch in der Kriegszeit eine gute Stütze der

Kollegen bildete, zeigen die Ergebnisse über die während der Kriegszeit erlebten Lohn- und Teuerungsbewegungen. Es wurden geführt 69 Anglistisbewegungen mit 190 Betrieben und 13.715 Beteiligten. Von diesen endeten 38 mit 15 Betrieben und 7590 Beteiligten erfolgreich, 24 mit 24 Betrieben und 4856 Beteiligten mit einem Teilerfolg, 7 mit 7 Betrieben und 1269 Beteiligten erfolglos. 58 Ueberbewegungen umfaßten 62 Betriebe und 3514 Beteiligte. Davon endeten 32 mit 36 Betrieben und 1951 Beteiligten erfolgreich, 13 mit 13 Betrieben und 534 Beteiligten mit einem Teilerfolg, 13 mit 13 Betrieben und 1029 Beteiligten waren erfolglos. Von einer Ausperrung in einem Betrieb waren 28 Arbeiter betroffen. Die Gesamtzahl der Bewegungen war 128 mit 253 Betrieben und 17.257 Beteiligten. Erreicht wurde bei 2 Bewegungen eine Arbeitszeitverkürzung in 2 Betrieben für 215 Arbeiter (381 Stunden die Woche), bei 59 Bewegungen eine Lohn-erhöhung in 170 Betrieben für 12.026 Beteiligte, bei 3 Bewegungen in 3 Betrieben eine Akkordregelung für 143 Beteiligte, bei 3 Bewegungen in 3 Betrieben für 468 Beteiligte sonstige Verbesserungen. Abgemehrt wurde bei 30 Bewegungen in 32 Betrieben mit 721 Beteiligten eine Akkord- führung, bei 14 Bewegungen in 14 Betrieben mit 1295 Beteiligten die Nichtzahlung der Ueberstunden- und Sonntagszulage, bei 4 Bewegungen in 4 Betrieben mit 341 Beteiligten sonstige Verschlechterungen. Teuerungs- und Kriegszulagen wurden in 180 Betrieben mit 9088 Beschäftigten freiwillig gegeben in 14 Betrieben mit 2668 Beschäftigten 5294 M die Woche. Ein Teil der beabsichtigten Verschlechterungen unterblieb, nachdem die Unternehmer einsahen, daß die Arbeiter die in Beträgen und in den Arbeitsordnungen festgelegten Lohn- und Arbeits- bedingungen sich nicht schmälern ließen. Die Lohn- und Verdienst- erhöhungen sind nicht wie in Friedenszeiten durch Kämpfe errungen, sondern unter dem Zeichen des Burgfriedens durch Verhandlungen gemährt. Die Verhandlungen haben zum großen Teile mit den Unternehmerorganisationen stattgefunden, nur in vereinzelten Fällen mußten wir uns an das Generalkommando oder die Feldzeugmeisterei wenden. Den Mitgliedern unserer Verwaltungsstelle sind von den Beiträgen während der Kriegszeit fast 400.000 M in Form von Unter- stellungen zurückgefließen: bei Reise und Umgang 8200 M, Arbeits- losität 338.000 M, Notlagen 6300 M, Sterbefällen 12.600 M, Kriegsnachstand 23.800 M und bei Krankheit (innerhalb 2 Monaten) 4400 M, zusammen 383.300 M. Dazu kommen noch die von der Stadt Dresden gewährten Zuschüsse von 31.000 M zur Arbeitslosen- unterstützung. Für Unterstützung der in Not geratenen Kriegs- familien, Verleumdung von Feldpostpatenten und Zeitungen an die im Felde befindlichen Mitglieder wurden bisher aus Mitteln des Kriegs- notstandsfonds und der Ortskasse rund 60.000 M verausgabt. Eine weitere Tätigkeit zum Nutzen der Mitglieder wurde noch einmalt bei der Arbeitsvermittlung, bei der Kriegsfürsorge für die Familien unserer zum Heere eingezogenen Mitglieder in den einzelnen Ge- meinden, der Kriegsverlettenfürsorge und auch bei der Bekämpfung des Lebensmittelwuchers. Ferner wurde noch beschloffen, zur Stär- kung des Kriegsnachstandsfonds auch weiterhin für den Vertrieb der Kriegsfondsmarken und durch Herstellung von Sammelstiftungen Sorge zu tragen. Da vom 1. Januar 1916 an die auf der Berliner Generalversammlung beschlossenen Staffelfbeiträge zur Einführung ge- lungen, beschloß die Versammlung, die örtlichen Zuschüsse wie folgt festzusetzen: in der ersten Klasse wie bisher 15 %, in der zweiten Klasse 10 %, in der dritten Klasse 5 %.

Düsseldorf. Die Geschäftslage in der Düsseldorfer Metallindustrie wurde schon in den ersten Kriegsmontaten günstig beeinflusst durch die Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik (Schhardt). Dieses Unternehmen der Rüstungsindustrie war schon vor Ausbruch des Krieges gut beschäftigt und eine Reihe von Klein- betrieben lebten von den Profanen, die vom Tische der Rheinischer- sieden. Die Leitung des Werkes stellte natürlich nach Ausbruch des Krieges die Tätigkeit auf. Zahlreiche, in sonstigen Be- trieben entlassene Metallarbeiter fanden Beschäftigung bei der Rhein- ischen. Heute beschäftigt das Unternehmen in Düsseldorf über 15.000 Personen gegen 6500 vor Ausbruch des Krieges. Darunter befinden sich über 4000 Arbeiterinnen, wogegen früher nur etwa 250 in Frage kamen. Wenn schon vor Ausbruch des Krieges zahlreiche Kleinbetriebe für die Rheinische arbeiteten, kann man heute sagen, daß auch viele Einzel- und zum Teil sogar Groß- betriebe für Schhardt arbeiten. Die an sich schon wie fast überall gute Geschäftslage wird dadurch naturgemäß weiter günstig be- einflusst. Daß auch die übrigen Werke am Orte und in der Um- gebung unmittelbar oder mittelbar für Heeresbedarf arbeiten, braucht kaum betont zu werden. Es fehlt allerdings an Arbeitern und nur schwer können meistens die Lieferungen bewerkstelligt werden. Schon im Frühjahr wurden durch Vermittlung der hiesigen Handels- kammer polnische Arbeiter aus Lodz und Umgebung herangeholt. Diese Arbeiter waren vorher meistens in der Textilindustrie be- schäftigt gewesen und entsprachen daher den Anforderungen im all- gemeinen nicht. Fast alle Werke stellen auch Frauen ein. Heute sind über 7000 in der Metallindustrie tätig gegen wenige Hundert vor Ausbruch des Krieges. Die Walzwerke leiden unter den Einwirkungen des Krieges mehr als die übrigen Werke. Hauptsächlich kommen Rohwalzwerke in Frage. Der Bedarf an Rohren ist aber kein besonders großer und die Herstellung von Kriegsbedarf in solchen Werken ist naturgemäß mit Schwierigkeiten verknüpft. Bei Betrieben, die Friedenswaren herstellen, wird aber auch auf die „Reklamation“ von Arbeitern nicht so große Rücksicht genommen und es sind des- halb die Arbeiterbeschwerden in den Walzwerken besonders groß. Wie überall machen die Unternehmer größtenteils glänzende Ge- schäfte. Die Düsseldorfer Werke sind mit wenigen Ausnahmen Aktien- gesellschaften, so daß man ihre Geschäftsgebarung verfolgen kann. Nur ein kleiner Teil der Arbeiter hat dagegen keine Verdienste soweit steigen können, daß er unter der Teuerung nicht besonders stark zu leiden braucht. Zwar sind überall die Löhne gestiegen, aber mit Aus- nahme der Granatendreher meistens nur um 5 bis 10 % die Stunde. Also nur etwa 8 bis 15 Prozent, abgesehen von den Ueberstunden, während die Teuerung der gesamten Lebenshaltung etwa 50 Pro- zent ausmacht. Ein Teil verdient überhaupt nicht mehr als früher. Allerdings zeigen viele Werke so viel soziales Verständnis, daß sie den Arbeitern eine Teuerungszulage bewilligen, wenn auch in be- scheidenen Grenzen. Besonders hervorzuheben ist aber, daß die Rhein- ische Metallwaren- und Maschinenfabrik nur den Lohnarbeitern, also einem kleinen Bruchteil der Arbeiter, eine Zulage gab, während die Akkordarbeiter sehen müssen, wie sie auf Grund der alten, zum Teil sogar noch gekürzten Akkordpreise durch Mehrleistung und Ueber- stunden auf ihre Rechnung kommen. Die Frauen mußten auf diesem Weis längere Zeit wachsam sieben Nachschichten machen. Die von der Militärverwaltung in diesen Betrieben beorderten Arbeiter haben es zum Teil vorgezogen, wieder in den Schützengraben zu gehen. Unter dem Zeichen des Burgfriedens kommen merkwürdige Dinge vor. So wollte die Firma E. Schick die Arbeiter zwingen, an den Feiertagen ohne Zuschlag zu arbeiten. Wer nicht arbeitete (ohne Zu- schlag) komme in den Schützengraben! Als ein Teil der Arbeiter eingezogen wurde, erhielten die, die gearbeitet hatten, eine Rekla- mation mit, während die anderen keine bekamen. Die Firma Sassenleber Söhne lehnte zweimal eine Teuerungszulage ab und verteilte dann 25 Prozent Dividende an ihre Aktionäre statt 15 Prozent im Vorjahr. So wirken die Unternehmer auch während des Krieges für die Gewerkschaften, leider mit ebensovienig Erfolg wie wir, denn die Fuchtel der Reklamation erstickt die selbständigen Bewegungen.

Lüttlingen. Bei uns geht zurzeit eine recht schwerfällige Um- wandlung vor sich. Während bis jetzt fast ausschließlich nur Chirurgie- instrumente hergestellt wurden, worin Lüttlingen einen Weltzu- lang hat, geht man jetzt ganz allmählich dazu über, an dem Heeres- bedarf mitzuarbeiten. Zu Anfang des Krieges konnten unsere Fab- riken nicht genug Instrumente liefern. Die Arbeiter waren gezwungen, viele Ueberstunden zu machen. In manchen Abteilungen der Aktiengesellschaft für Feinmechanik wurde lange Zeit bis abends 9 Uhr, dann wieder bis 11 Uhr und sogar bis nachts 2 Uhr gearbeitet. Auch wurde die Arbeit nicht mehr so peinlich genau geprüft wie vorher, weil die Lieferungszeiten sehr kurz waren.

Die mittleren und die kleinen Betriebe hatten sich zu einer Zinnung zusammengeschlossen, um sich auch an den Heereslieferungen beteiligen zu können. Auch diese haben die Geschäftslage gut aus- zunutzen verstanden. Es wurde geradezu wild drauflos gearbeitet, zumal durch die fortgesetzten Einberufungen die besten Arbeitskräfte immer wieder weggezogen wurden. Leider hat es die Arbeiterchaft nicht so gut verstanden, die gute Geschäftslage auszunutzen wie die Unternehmer. Die tariflich festgesetzten Zuschläge für Ueberstunden haben sie sich wegnehmen lassen, ohne der Ortsverwaltung davon rechtzeitig Mitteilung zu machen. Man gab vor, diesen Betrag den Familien der Ausmarschierenden mit als Unterstützung auszugeben. Das Ueberstundenumwesen hat sich bitter gerächt. Denn eine Zeit lang haben wir dadurch über 5 Prozent krante Arbeiter gehabt. Ein noch schlimmeres Uebel waren die Akkordzulage, so daß wir schließ- lich gezwungen waren, uns beschwerdeführend an das General- kommando zu wenden. Nur langsam konnte die Arbeiterchaft die Scharte wieder ausweken durch Abwandern und fortgesetztes Be- schwerdeführen. Auch durch andere Arbeitsverfahren kam man wieder amähernd auf den früheren Verdienst. Mit der Zeit waren aber alle Lazarette mit Instrumenten reichlich versorgt. Unternehmer und Arbeiter bekamen nun die Beschlagnahme der Metalle und das Aus- fuhrverbot für Instrumente sehr zu spüren. Dadurch war man ge- zwungen, sich nach einem anderen Erwerbszweig umzusehen. Leider muß gesagt werden, daß sich unsere Betriebe nur sehr schwer dieser Industrie anpassen können. Fast hat es den Anschein, als könnten hier nur Friedensartikel hergestellt werden. Wenn auch die Zahnräder, Mundspieren, Operations- und Amputationsmesser, Knochenzangen u. Dinge sind, die hier in vielen Millionen hergestellt wurden und denen jeder mit gebunden Gliedern gern aus dem Wege geht, so sind sie dennoch Zeugen dafür, daß der Kranke das Leben erleichtert und verlängert werden soll. Zur Herstellung von eigentlichem Kriegs- bedarf fehlt es in unseren Betrieben an jeder Einrichtung. Auch unsere sonst so stolze und immer eigenmächtig aufgetretene Akti- engesellschaft für Feinmechanik hat ihren Rücken krümmen müssen und ist zur Fabrik in Schramberg geworden. In letzter Zeit hat unsere Ortsverwaltung eine Bewegung für Teuerungszulagen eingeleitet, die leider trotz aller Bemühungen noch nicht zum Abschluß gekommen ist. Die Aktiengesellschaft antwortete nicht auf eine Eingabe, worauf wir weitere Schritte getan haben. Die Zinnung glaubt sich hinter der Aktiengesell- schaft verstecken zu können, indem sie uns antwortete, sie anerkenne, daß die Arbeiterchaft schwer unter der Teuerung zu leiden habe und eine Zulage erfolgen müsse, jedoch wolle sie sich, nach dem Vorschlag der Aktiengesellschaft richten. In anderen Betrieben wurden anstandslos Zulagen bis zu 3 M die Woche bewilligt und sogar auch einige Zinnungsmitglieder haben trotz ihres Wohlwollens diese Zulage gegeben. Bei den hartleibigen und schwerhörigen Unternehmern wird es noch der Nachhilfe der dort beschäftigten Kollegen durch unsere Geschäftsführer bedürfen, um die anerkannt gerechte Forde- rung zu verwirklichen.

Rundschau

Reichstag.

Mit den „silbernen Kugeln“ einer unerschütterlichen Weltmacht wollte Mr. Lloyd-George zu einer Zeit, da er noch britischer Schatz- kanzler war, das verhasste Deutschland zur Strecke bringen, und hat sich mit dem Ausspruch doch als ein ebenso schlechter Prophet erwiesen, wie Mr. Churchill, der da sagte, während des Krieges werde es in England heißen „business as usual“ (Geschäft wie gewöhnlich) oder wie Mr. Grey, der meinte, für sein Land werde die Teilnahme am Krieg kein höheres Risiko und keine größere Last bedeuten, als das Fernhalten davon. Aus solchen Worten kann man die Weisheit der Menschen kennen lernen, die in schwerer Zeit berufen sind, ein Wort zu registrieren! Nach mehr als 500 Tagen eines furcht- baren Ringens, das weit über Europas Grenzen hinausgegriffen hat und tatsächlich das ganze Menschengeschlecht in seinem Bann hält, werden die englischen Staatsmänner wohl auch nachdenklich werden und ihren Leichtsinns wie ihr früheres Übermaß von Selbstüberhebung beklagen; denn in Wirklichkeit stehen die Dinge so, daß sich heute der Bierverband in argen Geldschwierigkeiten befindet, während von einer Erschöpfung der Mittelmächte, auch auf dem Gebiet des Geld- und Kreditwesens, keine Rede sein kann. Zu der günstigen mili- tärischen Lage kommt eine beinahe ebenso günstige wirtschaftliche, so daß wir von unserem deutschen Standpunkt aus der Entwicklung der Dinge mit Vertrauen auf einen für uns günstigen Ausgang zu- sehen dürfen.

Freilich gibt es auch bei uns Schwierigkeiten genug, die nicht geleneht werden sollen. Die durch Englands Flottenübermacht ausgeführte Absperrung unseres Landes vom Weltmarkt hat nicht nur die uns verfügbare Nahrungsmenge arg verringert, sondern auch industrielle Nachteile aller Art zur Folge gehabt. Wir alle fühlen das, wissen aber auch, daß es eines der Friedensziele sein muß, die Wiederkehr ähnlicher Schwierigkeiten und Gefahren in der Zukunft unmöglich zu machen: in einem von W. Janison herausgegebenen Gewerkschaftsbuch zum Kriege weisen beinahe alle Mitarbeiter auf die Notwendigkeit des jederzeit freien Meeresverkehrs für Deutsch- land ausdrücklich hin. Die Kriegslage wird sich hoffentlich auch fernerweit so gestalten, daß dies Ziel erreicht werden kann.

Diese wohlbegründete Hoffnung gab einer Rede des Reichs- schatzsekretärs Dr. Helfferich zur Begründung der Forderung eines neuen Zehn-Milliarden-Kredits den Unterton. Er wies mit Genugtuung darauf hin, daß Deutschland aus eigener Kraft bisher der Übermacht seiner Feinde standgehalten hat und — zum Teil dank der englischen Absperrung — den Gefahren einer übermäßigen Ver- schuldung an das Ausland entgangen ist. England hat jetzt zum erstenmal seit unendlichen Zeiten eine passive Zahlungsbilanz: jenes Land, dessen Bourgeoisie wie feiste Hamster das Gold aus der ganzen Welt zusammenscharte, um ihre guten Tage zu leben, muß jetzt von den angeammelten Schätzen abgeben, muß das Kapital angreifen! Sein Geld- und sein Wechselkurs sind bedrückend niedrig und erheischen auf eine voraussichtlich sehr lange Zeit hinaus eine starke Erhöhung des Zinsanteils, damit eine Verteuerung des finanziellen und wirtschaftlichen Betriebs.

Wenn wir in Deutschland in dieser Beziehung zurzeit zweifellos erheblich günstiger stehen, so wollen wir uns doch nicht verhehlen, daß unsere Schwierigkeiten mit dem Tage des Friedensschlusses ver- mehrt werden. Um einen übermäßigen Goldabfluß zur Rohstoff- beschaffung, eine Verlängerung der Papierwirtschaft und damit eine Preisrevolution zu vermeiden, bedarf es sehr einsparender und sorgfamer Vorarbeiten, an denen auch die wirtschaftlichen Arbeiter- organisationen schon um deswillen teilnehmen müssen, weil eine allgemeine (aus der Währungsänderung resultierende) Preiserhöhung nicht von einer Lohnenerhöhung begleitet zu sein braucht, während andererseits doch gerade nach dem Kriege die Arbeiterchaft auf hohe Löhne und große Kaufkraft des Geldlohns dringen muß, damit die Kulturhöhe ihrer Angehörigen nicht nur aufrechterhalten, sondern noch gesteigert werden kann.

Wie bei früheren Kreditvorlagen, so ist es auch bei dieser zu ausgedehnten Erörterungen in der sozialdemokratischen Reichstags- fraktion gekommen, die mit 88 Nein und 68 Ja in der Endabstim- mung geschlossen. Ungefähr 4 zu 6 würde das Verhältnis auch dann sein, wenn alle Fraktionsmitglieder gestimmt hätten. Die Kinder- heit hat also ein wenig gegen früher zugenommen. Leider ist ja nicht zu verhehlen, daß die Schlagkraft der sozialdemokratischen Partei durch die unablässigen inneren Auseinandersetzungen sehr

vermindert worden ist, so daß sie zurzeit auf wichtigen Gebieten nicht dasjenige Maß von Tätigkeit aufweist, welches wir wünschten. Wie es mit den künftigen Handelsbeziehungen Deutschlands ausfallen wird, wie die Rohstofffrage nach dem Kriege geregelt werden soll, in welchem Maße wir Vorratswirtschaft treiben müssen, wie es mit Staatsmonopolen gehalten werden soll, ob eine organisierte Zusammenfassung der Arbeiterkräfte als solcher zu Arbeiterkammern und ähnlichen Körperschaften mit anerkannten Rechten wünschenswert und durchführbar ist, wie sich das Verhältnis der Arbeiterorganisationen zum Staat, zum Unternehmertum und zueinander gestalten wird — das sind so einige von den zahllosen Fragen, auf die wir Antworten suchen müssen, bei deren Beantwortung wir aber auch unsere Vertreter in der ersten Linie sehen möchten! Was hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bisher getan, um sich bei den kommenden Erörterungen über solche Fragen der nächsten Zukunft die Vorhand zu sichern? Es wäre besser, wenn diejenigen, denen es nun gerade in dieser Zeit um die „Meinungsfreiheit“ zu tun ist (das heißt: um die Freiheit, ihre eigene Meinung auch im unpassendsten Augenblick sagen zu dürfen), sich mehr mit den hier erwähnten wichtigen Fragen beschäftigen wollten.

Die ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln,

ihre zweckmäßige Verteilung und die Festsetzung angemessener Preise sind noch immer die wichtigsten innenpolitischen Fragen, die unser Volk beschäftigen. Gänzt doch von ihrer richtigen Lösung zu einem guten Teile der glückliche Ausgang des Krieges mit ab. Wir sind darin sicher schon ein gutes Teil vorwärtsgekommen, aber es müssen doch immer wieder viele Schwierigkeiten, die sich einer glatten Lösung von neuem entgegenstellen, überwunden werden. Der Kriegsausbruch für Konsumenteninteressen hatte daher auch in der letzten Zeit reichliche Gelegenheit, für den Schutz der Verbraucher energisch einzutreten. Er hatte unter anderem in einer Eingabe an das Reichstag des Innern zur Hebung des recht unangenehmen Schweinefleischmangels eine Reihe zweckdienlicher Maßnahmen vorgeschlagen. Unter anderem verlangte er darin das Verbot des Vorverkaufs und die Einführung von Schutzscheinen im Viehhandel, eine natürliche Staffelung der Fleischpreise, die Beschränkung der Fleisch- und Wurstverarbeitung und Festsetzung von Preisen für Wurstwaren, die in einem angemessenen Wertverhältnis zum Fleischfleisch stehen. Auch bei Kindern und Kleinkindern hält er die Einführung von Höchstpreisen für unbedingt erforderlich.

Der Ausschuss wandte sich auch ganz nachdrücklich gegen die neuerlichen Bestrebungen der Zuckerfabrikanten auf Erhöhung der Zuckerpreise um weitere 25 Hundertstel. Er wies dabei besonders auf die große Bedeutung des Zuckers als Futterfaktor hin und bezeichnete die angestrebte Erhöhung angesichts der außerordentlichen Gewinne der Zuckerfabriken als durchweg unberechtigt. Man kann wohl annehmen, daß die Zuckervertreter mit ihren Bestrebungen keinen Erfolg haben werden.

Nachdem neuerdings auch Höchstpreise für Gemüse festgesetzt wurden, macht sich eine große Unzufriedenheit darüber bei den Gemüsehändler bemerkbar. Sie behaupten, daß für die festgesetzten Preise keine Gemüse vom Ausland eingeführt werden können. Demgegenüber machte der Kriegsausbruch geltend, daß die jetzigen Höchstpreise noch weit über den im Vorjahr üblichen Preisen stehen, während auch damals schon außergewöhnliche Zeiten waren und die vorjährigen Preise ebenfalls schon über den in Friedenszeiten üblichen Preisen standen. Man könne daher kein allzu großes Gewicht auf die Stimmung der Großhändler legen. Wenn der Handel versagt, müßten die Gemeindeverwaltungen eintreten und die ausreichende Beschaffung von Gemüse sichern.

Künstlicher Kautschuk.

In Nr. 38 teilten wir mit, daß es gelungen sei, Kraftwagenreifen aus künstlichem Kautschuk anzufertigen. In dieser Sache weiß die Frankfurter Zeitung in ihrem zweiten Morgenblatt vom 12. Dezember folgende bedeutungsvolle Mitteilungen zu machen:

Fast zur selben Stunde, als der Reichstagsler dem Reichstag davon berichtete, daß es deutschen Erfindern und Forschergeist gelungen sei, einen brauchbaren Weg zur Herstellung künstlichen Kautschuks aufzufinden, war in Petersburg (der Mitteldeutschen Gummiwarenfabrik Louis Peter A. G. in Frankfurt a. M.) die technische Bemerkung dieses synthetischen Kautschuks durchgeführt worden. Nach vielen Versuchen war es nach den Angaben des Erfinders, Professor M o m m e r von der Universität Berlin, und unter der Leitung des technischen Direktors der Autoreifenabteilung, Herrn Mohr, gelungen, den ersten Autoreifen aus ausschließlich synthetischem Kautschuk herzustellen. Die hervorragendsten Eigenschaften dieses Produktes berechtigen zu den höchsten Erwartungen hinsichtlich Dauerhaftigkeit und geringer Abnutzung der daraus hergestellten Reifen. Der Reichstagsler wurde sofort von dem gelungenen Verlauf dieser Arbeiten telegraphisch in Kenntnis gesetzt.

So sind wir wiederum bezüglich eines wertvollen kriegswichtigen Materials von der Anlieferung des uns durch die englische blockade abgeschlossenen Rohstoffes unabhängig gemacht. Und wenn wir auch, wie der Reichstagsler in seiner Reichstagsrede durchaus zutreffend behauptete, aus Mangel an Gummi niemals davon denken würden, Frieden zu schließen, so ist es doch ein erhebendes Gefühl, dem Feinde zeigen zu können: „Sieh her, wir brauchen dich nicht und deinen Gummi nicht, so wenig wir auf deinen Salpeter angewiesen waren. Das was wir brauchen, wirdlich brauchen, das stellen wir uns zur Not künstlich auch selber her!“ Im übrigen ist zwar die Gummibereitung nicht gerade unerschöpflich für Autos, immerhin stellt sie doch eine sehr wertvolle Erhöhung der Jahresbequemlichkeit dar, so daß aus diesem Grunde die Durchföhrung der Synthese des Kautschuks und seiner technischen Verarbeitung einer wertvollen patriotischen Leistung für die Reichswehr zu rechnen ist.

Auch wir begrüßen dies Ereignis als einen Erfolg deutscher Wissenschaft und deutschen Fleißes, wenn wir seine nächste Veranlassung auch bedenken.

Arbeiterchutz in der Großindustrie.

Unter dieser Epithete schreibt die Deutsche Arbeiter-Zeitung in ihrer Nr. 50:

Der Bundesrat hat den Zeitpunkt für das Inkrafttreten der Bekanntmachung, betreffend den Betrieb der Anlagen der Großindustrie, vom 4. Mai 1914, der ursprünglich auf den 1. Dezember 1914 festgesetzt, durch die Bekanntmachung vom 21. Oktober 1914 jedoch auf den 1. Dezember 1915 verlegt worden war, um ein weiteres Jahr — bis zum 1. Dezember 1916 — hinauszuschieben. Das erschien notwendig, weil die für den Erfolg des Beschlusses vom 8. Oktober 1914 maßgebend gewordenen Verhältnisse sich geändert hatten. In einer bekannten Denkschrift wird jedoch dem Reichstag mitgeteilt, daß der Bundesrat auf Grund der §§ 124f. 129b der Gewerbeordnung folgende Bestimmung erlassen hat:

Unter Aufhebung der Bestimmung vom 21. Oktober 1914 wird der § 1 der Bekanntmachung vom 1. Mai 1914, betreffend den Betrieb der Anlagen der Großindustrie, wie folgt geändert: § 1. Die nachstehenden Bestimmungen treten am 1. Dezember 1915 in Kraft und an Stelle der Bekanntmachung vom 19. Dezember 1908. Die auf Grund des § 3 der Bekanntmachung vom 19. Dezember 1908 gegebenen Anordnungen bleiben, wenn ihre Dauer nicht auf einen längeren Zeitraum bestimmt ist, bis zum 30. November 1916 in Geltung, treten aber am 1. Dezember 1916 vollständig außer Kraft.“

Aus den Unternehmerverbänden.

Der Deutsche Industrieverband hielt am 11. Dezember in München seine Hauptversammlung ab. Aus einem in der Schließlichen Tagespost vom 13. Dezember erschienenen langen Bericht enthält die Geschäftsrapport Dr. Schöls in seinem Bericht über die Tätigkeit des Verbandes unter anderem, nur etwa 10 Prozent der Unternehmen von Anschaffungsgegenständen, Geschäften, Leber usw. haben gut verdient, ungefähr 60 Prozent der gesamten Jahresgewinne durch die Kriegszufolge können den Auftrieb an Erzeug-

nisierungen und Ausfuhr decken, die Luxusindustrie, graphischen Gewerbe, Bleistift- und Pinselindustrie, Porzellanindustrie und andere wurden durch den Krieg sehr schwer getroffen.

Ueber die künftige Gestaltung unserer wirtschaftlichen und handelspolitischen Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn äußerte sich der Redner sehr bedenklich, da der Widerstand unserer Bundesgenossen gegen Maßnahmen wie Zollunion, Abbau der Zölle etc. sehr groß sei. Dagegen sieht Dr. Kublo der Zukunft unseres Außenhandels sehr hoffnungsvoll entgegen; er ist überzeugt, daß es der deutschen Arbeit gelingen werde, die alte Stellung auf dem Weltmarkt zurückzuerobern. In bezug auf die Verkehrspolitik müsse Bayern auf seine Referatsrechte verzichten, wenn es an den Vorteilen der neuen Verkehrsstrahlen teilnehmen wolle.

In der Besprechung des Berichts beschäftigte man sich hauptsächlich mit dem Vorhaben einer Reichseisenbahngemeinschaft, als dessen Haupthindernis der preussische Particularismus bezeichnet wurde, da der Ertrag der preussischen Eisenbahnen erheblich besser sei als der der bayerischen. Geh. Raurat Dr. v. Kieppel befaßte sich unter anderem mit den Kriegszielen des Verbandes und stellte unter allseitigem Beifall fest, daß, soweit er die Stimmung der industriellen Kreise kenne, diese durchaus dagegen seien, daß ein fauler Friede geschlossen werde. Es dürfe kein Friede werden, der in einigen Jahren das deutsche Volk wieder vor die gleichen Opfer stelle.

Unterm Belagerungszeichen.

Ein Strafgehalt in Höhe von zwei Wochen Gefängnis ist gegen die Gewerkschaftsangehörigen Hoffmeister vom Deutschen Metallarbeiter-Verband, Weiter vom Christlichen Metallarbeiterverband und W o n g e r s vom Kirch-Dummerschen Gewerksverein in Hohenlimburg ergangen wegen Vergehen gegen § 9b des Belagerungszustandsgesetzes (§§ 47, 43 des Strafgesetzbuches). Das Vergehen besteht in einer versöhnlich nicht angemeldeten Werkstattversammlung, die sich mit der Frage einer zureichenden Steuerzuschulde beschäftigte. Gegen den Strafbescheid ist Einspruch erhoben und richterliche Entscheidung beantragt worden. Ferner sprach auf Verfügung des stellvertretenden Generalkommandos des 7. Infanteriekorps eine Hausarrestung in den Räumen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes wegen eines schon vor dem Kriege herausgegebenen Flugblattes „Metallarbeiter, vereinigt euch“ statt. Es wurde nichts gefunden.

Herzliche Glückwünsche zum Jahreswechsel anbieten wir unseren Verbandskollegen und allen Mitarbeitern Schriftleitung der Metallarbeiter-Zeitung

Vom Ausland

Ungarn.

Fremdarbeit. Das ungarische Kriegsministerium hat an sämtliche für Heereszwecke arbeitende Betriebe folgende Verordnung erlassen:

Die Firma hat in rigorosester Weise vorzusehen, daß alle unumgänglich notwendigen Beamten und Arbeiter bis 1. Januar durch weibliches Personal ersetzt werden.

Das Kriegsministerium wird sich durch Inspektion Ihres Betriebes von der rigorosesten Durchführung dieser Verordnung überzeugen.

Das Verbandsblatt des Verbandes der Eisen- und Metallarbeiter Ungarns begleitet in seiner Nr. 26 diesen Erlass mit Ausführungen höchster Bedeutung darüber, daß nach weiterer Verwendung der Fremdarbeiter die Unternehmern die Möglichkeit gibt, die Arbeitsbedingungen noch mehr zu verschlechtern. (Wahrscheinlich ist unserem ungarischen Bruderblatt ein Druckfehler unterlaufen und soll es heißen: ... daß alle nicht unumgänglich notwendigen ...)

Frankreich.

Fremdarbeiter. Dem Fortwärts (Nr. 339 vom 9. Dezember) schreibt man aus Amsterdam:

In einem etwas velleumäßig aufgedorneten Artikel, den ein Spezialkorrespondent der Times in der Nummer vom 30. November dem Genossen Albert Thomas widmet, schreibt er nach eingehender Schilderung der beinahe vollständig von allen Seiten geleisteten Organisationsarbeit, die der Unterstaatssekretär des Munitionswesens in den ihm unterstellten Betrieben geleistet hat, einen Abschluß, betitelt: Das Land ohne Streiks. Er teilt darin mit, daß es im patriotischen Frankreich keine Streiks gegeben habe. Auch die Arbeiterfrage habe Thomas „mit ebensolcher Intelligenz geregelt“. Die Löhne wuchsen nach der Art der Arbeit und dem Arbeitsbesitz, aber man darf sagen, daß der Tagelohn nie 12 sh. für den bestgeschulten Arbeiter überschreitet und für die Frauen die Hälfte beträgt. Für die gesundheitliche Arbeit sind 4 sh. für Männer und 2 sh. 6 d. für Frauen der übliche Lohn. Araber, Kabylen und Auwaken arbeiten mit den Franzosen Seite an Seite und es herrscht die Tendenz, exotische Arbeiter in immer größerer Zahl zu verwenden, um die körperlich geeigneten Franzosen an die Front zu schicken.

Dazu bemerkt der Fortwärts:

Wir begreifen natürlich die Genehmigung der Times, daß in Frankreich die Löhne in „vernünftiger“ Grenzen gehalten werden, aber auch die Opposition, die sich gerade bei den französischen Metallarbeitern gegen die Solidarisierung der sozialistischen Partei und der Führer der C. G. T. mit der Regierung geltend macht. Besonders wenig willkommen dürfte den Arbeitern die Einstellung der „exotischen“ Leute sein, die man nach dem Kriege schließlich wieder aus dem Lande bringen wird, um so mehr als sie sich dazu eignen, das Streben der Löhne über das den Unternehmern „intelligent“ festzusetzende Maß zu heben.

Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (S. a. S. Hamburg.)

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im November 1915.

Table with 2 columns: Einnahmen (Earnings) and Ausgaben (Expenditures). Lists various locations and amounts, such as 'Von Köln 200 M.', 'Aus Köln 200 M.', etc.

Table listing various locations and amounts, likely related to the fund mentioned in the adjacent text.

Ausgaben:

Table listing various locations and amounts, such as 'Nach Aßern 100 M.', 'Uploda 100.', 'Aßchaffenburg 150.', etc.

Abschluß.

Table with 2 columns: Einnahmen (Earnings) and Ausgaben (Expenditures). Shows totals for November 1915.

Alle für die Krankenkasse sowie für die Sterbefälle bestimmten Posten sind stets nur an das Bureau der Kasse unter der Adresse: Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (A. a. S.), Hamburg 1, Besenbüschhof 70, zu richten. Bei jeder Belagerung an die Hauptkasse ist stets auf dem Coupon der Anmeldung anzugeben, ob der Beitrag für die Krankenkasse oder für die Sterbekasse bestimmt ist, und wenn für beide Kassen, dann in welcher Höhe.

E. Dutschke, Hauptkassierer.

Eingegangene Druckchriften

(Für Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.) 25 Jahre deutscher Gewerkschaftsbewegung 1890 bis 1915. Mit zahlreichen Porträts und Abbildungen sowie statistischen Tabellen und Übersichten. 185 Seiten. Preis geb. 3 M., für Gewerkschaftsmitglieder bei Bezug durch ihre Organisation 1,60 M. — Die aus Anlaß des 25-jährigen Bestehens der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands von Paul Umbreit herausgegebene Gedenkchrift ist der erste Versuch einer großartigen Darstellung der Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung seit 1890. Wohl hat es schon vorher gewerkschaftliche Vereinigungen gegeben, die teils 1848, teils in den sechziger Jahren als Wirkung der baskalischen Bewegung ins Leben getreten waren. Aber das 1878 erlassene Ausnahmengesetz gegen die Sozialdemokratie hatte fast alle Keime einer erfolgreichen Entwicklung vernichtet, und so mußte 1890 das ganze Gebäude neu gegründet werden. Mit der ganzen Gründlichkeit und Genauigkeit, die Paul Umbreit eigen ist und seine sämtlichen Arbeiten auszeichnet, läßt er die Vorgänge jener Zeit, die den Älteren unter uns noch aus eigenem Erleben gegenwärtig sind, an unserm Auge vorüberziehen. Aber seine Darstellung ist nicht trocken und nüchtern, sondern er zeigt uns in diesem Buch, daß er zu den Geschichtsschreibern gehört, die ihren Bildern Farbe und Anschaulichkeit zu geben verstehen. Wie klein waren die Anfänge, aus denen das heute so große gewordene Gebäude emporwuchs, wieviel Mühen und Kleinarbeit mußte in den eigenen Reihen überwunden, wieviel Widerstand bei Feind und Freund besiegt werden! Wie sich aus den örtlichen Vereinen die Verbände bildeten, wie man die kümmerliche Wirtschaft mit den niedrigen Beiträgen überstand, durch welche die Bewegung so lange zur Leistungsunfähigkeit verurteilt war, wie der Versuch einflußreicher Parteikreise, die Gewerkschaften unter die Vormundschaft der Partei zu stellen, abgewehrt, wie der Kampf mit dem Unternehmertum um die Sicherung der Vereinigungsfreiheit geführt, wie die Umsturz- und Zuchtmaßregeln der Regierung beseitigt, wie immer weitere Gebiete der sozialen Gesetzgebung und des Verwaltungsweftens ganz von selbst in das Einflugsgebiet der Gewerkschaften hineinwuchsen, wie die Massenstreikphantasie eines Teiles der sozialdemokratischen Partei langsam, aber sicher unschädlich gemacht und an der inneren Festigung der Arbeiterbewegung erfolgreich geardeitet wurde, das alles wird so feinsinnig geschildert, daß der Leser der Entwicklung mit Spannung folgt und die innere Anteilnahme des Verfassers an den Dingen in wachsendem Maße auf ihn übergeht. So wird aus einer geschichtlichen Darstellung eine Werbeschrift großer Stills, die den Wert der modernen Arbeiterbewegung ins rechte Licht stellt und alle Einwände ihrer Widersacher erfolgreich entkräftelt. Mit Recht kann der Verfasser nach der Schilderung der Rolle, die die Gewerkschaften im Weltkrieg spielen, seine Schrift in die hoffnungsfroh zuversichtlich ausklingen lassen, daß ein freigeschaffenes Deutschland, das mit den Werten von Millionen von Staatsbürgern ausgestattet ist, ein neues Deutschland werden muß, in dem auch der Arbeiter als gleichberechtigter Bürger angesehen wird, in dem die freie Ausübung aller Staatsbürgerrechte und der Fortgang der sozialen Reformen gesichert sind. Möge die Schrift, die gleichermäßen zur Belehrung wie zur Aufweckung dient, von zahlreichen organisierten Arbeitern recht geschicklich gelesen werden.

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen. In allen Versammlungen werden Mitglieder ausgen. Sonntag, 2. Januar. ... Sonntag, 9. Januar. ... Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Cie., Buchdruckerei und Verlag Stuttgart, Kellereiße 16 B.